

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

266 (16.11.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbjährlich 1.15 M mit 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Samstags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonelle 22 P, auswärts u. Kollektivans 28 P. Reklame 1 M. Annahmefrist 8 Uhr vorm.

Anzeige: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöfflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Adel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Zur Regierungsbildung in Baden

Die deutschnationalen „Süddeutsche Zeitung“ bringt eine Zuschrift aus Baden, die ganz merkwürdige Mitteilungen enthält. Wir zitieren:
„Entgegen anders lautenden Mitteilungen hören wir, daß es dem Führer des Zentrums doch gelungen ist, die Regierungsbildung rasch und ohne besondere Bemühung herbeizuführen. Er hat die Sozialdemokraten und die Liberalen unter einen Hut gebracht und die Demokraten überzeugt, daß sie Entschlossenheit üben müssen. So werden die Herren Traut und Köhler, die dem Zentrum genehm sind, und Herr Kemmel, der sich bekanntlich einer noch weitergehenden Anerkennung erfreut, bleiben. Herr Dr. Selpach wird als Gesandter nach Berlin gehen; die Demokratie muß sich mit einem Staatsratsposten begnügen. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts aber darf die Volkspartei befehlen. Aber nicht mit Herrn Günther oder Herrn Dörflinger, geschweige mit Herrn Mattes, sondern mit Herrn Wöhrle, der von lange her ein Anhänger des Herrn Schöfer ist, und von dem das Zentrum glaubt annehmen zu können, daß er seinen Schwümlingen (nämlich denen des Zentrums) entgegen kommen wird. Damit wäre also die Hauptfrage gelöst; nämlich, die Einheitsfront gegen die Deutschnationalen; und man muß zugeben, dieses Ziel ist schon allerdahin über wert.“

Wir wissen natürlich nicht, woher der badische Mitarbeiter des deutschnationalen Blattes seine angebliche Information hat, aber das eine ist zur Zeit nicht wahr, die Parteien, die für eine große Koalition in Frage kommen, sind meistens zur Zeit noch nicht „unter einem Hut“.

Der „Badische Beobachter“ ergeht sich in seiner Sonntagsausgabe in lebhaften Lobpreisungen des Zentrums, das weitgesteckte Ziele bei der Regierungsbildung verfolge, während die Sozialdemokratie nicht einmal das Nächstliegende richtig sehe. Allerdings, einige Sozialdemokraten finden auch Anerkennung beim „B.“, aber die Weibenschaft der anderen beeinträchtigt das Klarsehen. Und dann wörtlich:

„Man kann nur bedauern, daß in der Sozialdemokratie ab und zu in entscheidenden Momenten nicht die verantwortlichen Führer letzten Endes maßgebend sind, sondern Einflüsse, die nach anderen als großen und weisenden Gedanken orientiert sind. Die Vorzüge der letzten Tage legen derartige Aufstellungen nahe. Nicht das Zentrum verläßt die alte Linie, nein, die Beschlußfassung in der badischen Sozialdemokratie geht nicht weit genug für die Zukunft, wie es gerade diese Linie erfordert. So liegt die Sache! Daran ändert kein auch noch so schmeiselig geschriebener Artikel irgend etwas!“

Der „B.“ glaubt mit seinen geistigen Ausführungen einen Keil in die badische Sozialdemokratie einzutreiben zu können. Das ist natürlich sein Recht und das das Zentrum aus eigenen Parteigründen überhaupt ein lebhaftes Interesse am Zustandekommen der von ihm gewöhnlichen und herrschenden Großen Koalition hat. So ist das Vorgehen des Zentrumsblattes durchaus verständlich. Wir bestreiten nicht, daß das Zentrum bei der Regierungsbildung weit in die Ferne blickt, aber der „Beobachter“ darf überzeugt sein, daß auch wir von Anfang an in der Tat manches wesentlich anders als das Zentrum. Mit sozialdemokratischen Augen gesehen, stellen sich eben viele Dinge ein bisschen anders dar, als wenn man sie mit Zentrumsaugen sieht und umgekehrt ist es ebenso. Geradezu amüßant ist aber die Behauptung des „B.“, nicht das Zentrum, sondern die Sozialdemokratie verlässe die bisherige Linie der badischen Politik. Diese Linie ist gezeichnet worden von den drei Weimarer Parteien, ungspartheien. Die Deutsche Volkspartei hat dabei wirklich nicht mitgeholfen, vielmehr gelegentlich alles getan, um den Wurzeln auf dieser Linie zu hemmen und zu hindern. Und die Volkspartei wollte durch den Wahlkampf diese Linie zerbrechen. Erst als ihr das nicht gelungen ist, die Wahlen abermals ergeben haben, daß die Weimarer Koalition auch im neuen Landtage eine durchaus tragfähige Mehrheit hat, schenkte die Volkspartei in die Richtung der Koalition ein. Sie wird, das ist unsere feste Überzeugung, innerhalb der Koalition sehr bald alles versuchen, um die bisherige Linie der bad. Politik zu schädigen. Das entspricht ihrem Wesen. Ueber den Einfluß der verantwortlichen Führer bei der Sozialdemokratie braucht sich der „Beobachter“ den Kopf nicht zu zerbrechen; er darf überzeugt sein, auch bei uns haben die Führer den ihnen gebührenden Einfluß, aber schließendlich sind in einer demokratischen Partei die Mitglieder auch noch da und sie sollen und müssen mitentscheiden. Einen allmächtigen Parteileiter kennen wir eben in der Sozialdemokratie nicht. Diese Einseitigkeit mag für das Zentrum richtig und pädagogisch sein; für die Sozialdemokratie steht die Sache anders.

Der Reichsparteitag des Zentrums

gegen die Deutschnationalen — Dr. Schöfer für die Große Koalition (Eigener Funddienst)

Kassel, 16. Nov. Als Auftakt zum Parteitag fand am Sonntag in der Stadthalle der Reichsarbeitsausschuß der Zentrumspartei. Es entspann sich eine laute Aussprache über

die Haltung der Reichsstaatsaktion und die durch den Austritt Dr. Wirths geschaffene Lage. Der Beschluß der Reichsstaatsaktion des Zentrums, daß in ablehbarer Zeit ein Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen in einer Regierung unmöglich sei, fand im Reichsparteitagsschuß eine mühsame Zustimmung. Zuerst hatte der Parteivorstand Marx ein Bild der politischen Entwicklung der letzten Wochen und der Vorherrschaft der Reichsstaatsaktion Skizzen gemacht, einen Tätigkeitsbericht der Fraktion gegeben. Der auf dem linken Flügel der Partei stehende Abgeordnete Loos erörterte eingehend die politischen und psychologischen Hintergründe des Falles Wirth, den auch der Führer des badischen Zentrums, Schöfer, ausführlich behandelte. Er trat für eine offene Aussprache vor dem Plenum des Parteitagsschuß ein. Die weitere Aussprache über die Innen- und Außenpolitik spielte in der Forderung der Erneuerung der großen Koalition in der Reichsregierung.

Weiter wird gemeldet:
W.B. Kassel, 15. Nov. In der Stadt Kassel begann am Sonntag der 4. Reichsparteitag der Zentrumspartei mit einer Sitzung des Reichsparteitagsschußes, an der Reichsanwalt a. D. Wirth noch nicht teilnahm. In der Besprechung kam zum Ausdruck, daß der Fall Wirth ohne Wirths Anwesenheit nicht erscheidend gelöst werden könne und daß die Aufgabe des Zentrumsparteitagsschußes vor allem darin liege, die Einheit der Partei wieder herzustellen. Die Leitung der Parteitagsschußes am Montag wird in den Händen des Reichsanwalters a. D. Marx liegen.

In der heutigen Nachmittagsitzung des Zentrumsparteitagsschußes fand der von der Zentrumspartei des deutschen Reichstages gefasste Beschluß, nach dem in ablehbarer Zeit ein Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen in einer Regierung unmöglich sei, ebenso einstimmige Zustimmung, wie das bei der Reichsstaatsaktion der Fall war. Der Fall Wirth soll in voller Offenheit behandelt werden. Im weiteren Verlauf der Aussprache bildete sich als Forderung der Zentrumspartei der Wunsch nach der Großen Koalition heraus.

Beschluß der Volksharterkonferenz

Räumung der Kölner Zone am 1. Dezember
Paris, 14. Nov. Die Volksharterkonferenz hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, dem deutschen Volksharter v. Schöfer eine Mitteilung zu machen zu lassen des Inhalts, daß die Kölner Zone am 1. Dezember geräumt wird.

Das offizielle Kommuniqué
Paris, 14. Nov. Das offizielle Kommuniqué über die Sitzung der Volksharterkonferenz hat folgenden Wortlaut: Infolge der Mitteilung, welche die Volksharterkonferenz von der deutschen Regierung erhalten hat, trat sie heute nachmittags um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Im Verlauf dieser Sitzung hat die Konferenz beschlossen, noch heute abend eine Note an die deutsche Regierung zu richten, in der sie die Unterstützung bekundet, welche die Alliierten im Regime der besetzten Rheinlande eintreten zu lassen gewillt sind. Andererseits hat die Volksharterkonferenz Kenntnis von den Antworten der deutschen Regierung hinsichtlich der noch freigelegten Entwaffnungsfrage genommen und ist zu der Ansicht gelangt, daß diese Mitteilung geeignet ist, nimmere zu gestalten, zur Räumung der Kölner Zone zu führen. Die Volksharterkonferenz hat beschloß beschlossen, den 1. Dezember als den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem diese Räumung beginnen wird. Die Volksharterkonferenz hat dem deutschen Volksharter sofort von ihrem Beschluß Mitteilung gemacht. Sie wird am Montag wieder zusammentreten, um den Wortlaut der Note festzustellen, durch welche die deutsche Regierung Mitteilung von den heute gefassten Beschlüssen gemacht wird.

Gemeindewahlen in Hessen

(Eigener Funddienst)
Mainz, 16. Nov. Bei den Gemeindewahlen ergab sich die folgenden Parteien folgende Stimmen:
Sozialdemokraten 14 648 (gegen 14 416 im Jahre 1922),
Deutschnationalen 1412 (gegen 2457 im Jahre 1922),
Demokraten 3103 (gegen 3196 im Jahre 1922),
Zentrum 10 341 (gegen 10 680 im Jahre 1922),
Deutsche Volkspartei 1952 (gegen 3675 im Jahre 1922),
Kommunisten 3014 (gegen 1461 im Jahre 1922).
In Worms sind gewählt worden: 15 Sozialdemokraten (bisher 14), 3 Demokraten (3), 5 Zentrum (5), 14 Volksparteiler (16), 2 Deutschnationalen (1).

Die Finanzvorlage in Frankreich

Paris, 16. Nov. (Eigener Funddienst.) Die Finanzkommission der Kammer hat nach einer lauten Diskussion die Finanzvorlage mit 16 gegen 4 Stimmen angenommen, jedoch die erste Lesung des Gesetzes am Dienstag nachmittags beginnen kann. Für die Generaldebatte haben sich bereits 21 Redner eingeschrieben. Am Sonntag sprach Caillaux zum erstenmal nach seinem Rücktritt als Finanzminister in seinem Wahlkreis im Departement Sparte, wobei er die Finanzvorlage Painlevés einer scharfen Kritik unterzog. Der starke Rückgang des Frankfurter in den letzten Wochen sei eine Folge der Finanzpolitik des Kabinetts Painlevé, die eine Kapitalflucht ins Ausland und eine Erschütterung des öffentlichen Kredits zur Folge gehabt hätten.

Umschichtung der Produktion?

SPD. Als die Unternehmer mit großer Demagogie ihren Kampf gegen den Achtstundentag aufnahmen, lehnten es Gewerkschaften und Arbeiterpresse mit großer Entschiedenheit ab, die notwendige Steigerung und Verbilligung der Produktion mit einer sozialen Schlechterstellung der Arbeiterklasse zu erkaufen. Gleichzeitig wiesen sie einen Ausweg. Verbesserung der Betriebe und der Arbeitsmethoden, hochwertige Organisation des gesamten Produktionsprozesses sollten diejenige Steigerung der Warenerzeugung ermöglichen, die auch das Ausland erreicht hatte und die von einsichtigen Wirtschaftsführern längst als erreichbar bezeichnet worden war. Engstirniger kapitalistischer Egoismus lehnte sich gegen diese Forderungen auf. Ein Rathenau, der zusammen mit Noellendorff, dem Staatssekretär des Wirtschaftsministers Wislitzki, diesen Problemen weiter nachgegangen war, wurde verläßt. Die Organisationsversuche, die Robert Schmidt als Wirtschaftsminister mit seinem Staatssekretär Professor Julius Hirsch immer wieder der Industrie vorschlug, wurden mit der größten Hartnäckigkeit bekämpft. Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse scheinen nunmehr aber auch einen Teil der Industrie denken gelernt zu haben; denn auf der Tagung des Zentralverbandes der Deutschen Elektrotechnischen Industrie, die am 13. November 1925 in Berlin stattfand, erklärte der frühere volksparteiliche Minister v. Kaumer, daß jetzt die Industrie in eigener Selbsthilfe die Bestrebungen zur Neugliederung der Warenerzeugung durch Vereinfachung des Produktionsapparats und der Organisation gleichartiger Betriebszweige aufnehmen müsse, wenn sie nicht zum Erliegen kommen wolle. Er fügte hinzu: „Es ist die Tragik in Deutschland, daß wir alle Dinge, die notwendig sind, immer zu spät machen.“

Nicht an der Arbeiterschaft lag es, wenn man diese große Aufgabe der Neugliederung der Produktion zu spät erkannte. Die Inflation hatte den Kampf der Unternehmer gegen jede gemeinwirtschaftliche Auffassung, ja selbst gegen jede praktische Solidarität der Unternehmer unter sich gefördert. So sehr fühlten sich die Unternehmer als Nutznießer der Inflation, daß sie sie erst preisgaben, nachdem sie zusammengebrochen war. Inzwischen ist von den Leitern der großen Konzerne viel gewirtschaftet und mindestens ebenso viel verwirrt worden. Die Stabilisierungskrisis, unter der heute die Wirtschaft, insbesondere aber die Arbeiterschaft, leidet, ist nichts als die natürliche Folge der gewaltigen Ausweitung des Produktionsapparates, die in Krieg und Inflation stattgefunden hatte und die ohne jeden Zusammenhang mit der Gestaltung der Kaufkraft der breiten Volksmassen und mit der Möglichkeit des Exportes erfolgt war. Jetzt stehen die Unternehmer vor den neuen Toren ihrer großen Fabrikgebäude, vor den wahllos zusammengewürfelten Konzernen, und es ermangelt ihnen das Kapital, den toten Produktionsapparat zu beleben. Die Preise sind zu hoch, weil die Warenerzeugung mit zuviel Verlaß behaftet ist. Am Weltmarkt ist die deutsche Wirtschaft in großen Zweigen konkurrenzunfähig. Es bedurfte erst dieser „Krisis des Kapitalismus“, wie sie ein geistreicher Demokrat genannt hat, um neue Kräfte zu gemeinsamer Mühe zu wecken.

Diese Schwächung hat der Zentralverband der Deutschen elektrotechnischen Industrie bereits vollzogen. Ihre Rundgebung am Freitag gliedert ein Programm. Sie hat es um so leichter, dieses Programm öffentlich aufzustellen und zu verteidigen, als die deutsche Elektroindustrie in einzelnen Branchen bereits national und international organisiert ist. Der Leiter des deutschen und des internationalen Glühlampentrusts, Dr. Meinhardt, konnte mit Zug und Recht auf die großen Erfolge hinweisen, die schon bisher die planvolle Arbeit zur Reorganisation der Glühlampenindustrie erzielt hat. Austausch aller Erfahrungen und Fabrikationsprogramm ermöglichen die Vermeidung jedes Verlaufs. Sie gestatten die Unterhaltung großer Forschungsinstitute; ist doch z. B. die chemische Großindustrie Deutschlands heute schon eine Art zweiter chemischer Unterwelt geworden, in der tagaus, tagein mit den wirtschaftlichen Mitteln eine unermüdliche Forscherstätigkeit entfaltet wird. Welche wirtschaftlichen Ordnungseinheiten bei einer Rationalisierung der Produkte in Betracht kommen, dafür wurden auf der Tagung zwei hervorragende Beispiele genannt: Die Glühlampen sind nach den Angaben Dr. Meinhardts um ein Drittel unter den Vorkriegspreisen, während auf der anderen Seite Waren des täglichen Bedarf 40 Prozent mehr als vor dem Kriege kosten. Hier sieht man die großen Ersparnisse und die Kaufkraftstärkung, die für den Verbraucher aus einer Rationalisierung der Produktion erwachsen. Daß aber die Produktion aus ihr ebenfalls großen Nutzen zieht, dafür zeugt nicht nur die Erweiterung des Absatzes bei dem genannten Trust, sondern auch folgendes: Neben vielen anderen Ersparnissen wird der in Entschädigung begriffene Schwereisen-Trust nicht weniger als 40 Millionen Mark allein an der Lagerhaltung einzusparen vermögen, weil bei durchorganistierter Produktion manches unnütze Lager entbehrlich wird. Man sieht, Produktion und Ver-

braucher haben Vorteil von einer solchen Rationalisierung, mit der einzigen Einschränkung, daß das Industriekapital nicht neuen Monopolgewinnen zustrebt, sondern erkannt, wo seine wahren Zukunftsmöglichkeiten zu finden sind. Sie liegen in der Erweiterung des Absatzes, in der Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher, in der Erhöhung des Reallohnes. Den deutschen Unternehmern muß der schwere Vorwurf gemacht werden, daß sie in der Zeit der sozialen Kämpfe während der Inflation dieses Ziel ganz aus dem Auge verloren haben. Es ist dann wenigstens erfreulich, wenn sich jetzt eine führende Branche der deutschen Industrie zu der Auffassung bekennt, daß nur in der Rationalisierung und in erhöhtem Absatz die Möglichkeit liegt, die Wirtschaft neu aufzubauen.

Man hätte diese Erkenntnis, wie gesagt, viel eher haben können. Aber auch von der Erkenntnis bis zur Tat ist noch ein weiter Weg. Es kann auch keinen Zweifel darüber geben, daß diese Neuorganisation der Produktion profitwirtschaftlich in ihrer Ursache und in ihrer Wirkung ist. Es gibt keine größere Torheit als die, nun zu erwarten, daß selbst bei einer reiflichen Durchführung des Programms wir der Gemeinwirtschaft auch nur einen Schritt nähergekommen sind. Im Gegenteil besteht die große Gefahr, daß die Macht des Unternehmertums in einer konzentrierten, auf vollkommene Arbeitsteilung bedachten Produktionsorganisation noch stärker wächst und sie zu neuen Machtproben gegenüber der Arbeiterkraft verleitet. Darum heißt es wachsam sein und die eigene Kraft zu stärken. Immerhin liegt die große Bedeutung der Schwächung des Industriellenverbandes darin, daß man sich endlich auf die zentralen Probleme der kapitalistischen Produktion bekennt und sich daran erinnert, daß es neben den Produzenten doch auch einen Verbraucher gibt, der die Ware kaufen soll. Diese Erkenntnis wird ein starker Antrieb zu der Neuorganisation der Wirtschaft sein. An der Arbeiterkraft, an ihrer politischen und wirtschaftlichen Geschlossenheit wird es liegen, ob es den Unternehmern dabei gelingt, den ganzen Vorteil einer Produktionssteigerung für sich in Anspruch zu nehmen.

Ermäßigung der Lohnsteuer

Am 1. Januar 1926 — Ein Erfolg der Sozialdemokratie
In den Steuerkämpfen der letzten Monate kämpften die bürgerlichen Parteien für die Ermäßigung der Einkommensteuer, die Sozialdemokratie für die Milderung der Lohnsteuer. Sie sollte vor allen Dingen durch die Erhöhung der steuerfreien Grenze auf 100 M monatlich herbeigeführt werden. Aber selbst dieses bescheidene Verlangen scheiterte an dem Widerstand der Reichsregierung, der von den Regierungsparteien gestützt wurde. Vor allem war es das Zentrum, das damit seine eigene Forderung nach sozialer Lastenverteilung im Stiche ließ.

Diese starke Anspannung der Lohnsteuer ist eine der wichtigsten Ursachen für die ärmliche Entwicklung der Reichsfinanzen. Im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1925 erbrachte sie April 125, Mai 137, Juni 131, Juli 119, August 115, September 120, insgesamt also 747 Millionen Mark. Gegenüber dem Voranschlag ist das ein Mehrertrag von 147 Millionen Mark. Da die Neuregelung der Lohnsteuer, die am 1. Oktober in Kraft getreten ist, im allgemeinen keine Senkung der Steuerlast bedeutet, so ist auch in den nächsten Monaten mit einem dauernden Mehretrag der Lohnsteuer von etwa 25 Millionen monatlich zu rechnen.

Damit sind alle Voraussetzungen der Sozialdemokratie über den dauernden steigenden Ertrag der Lohnsteuer in Erfüllung gegangen und ihre Haltung zur Steuerreform glänzend gerechtfertigt. Heute besteht nicht der geringste Zweifel mehr, daß die Berechnungen des Reichsfinanzministers über den Ausfall an Lohnsteuer bei Erfüllung der sozialdemokratischen Forderung falsch waren. Da das von den Sozialdemokraten damals bereits nachgewiesen wurde, so ist es nur dem mangelnden guten Willen der Reichsregierung und der Regierungsparteien zu verdanken, daß eine so berechtigte Forderung unerfüllt blieb.

Daß man den Lohn-Gehaltsempfängern gegenüber damals ein schweres Unrecht beging, kam in dem Versprechen zum Ausdruck, die Lohnsteuer zu ermäßigen, wenn ihr Ertrag in sechs aufeinanderfolgenden Monaten die Summe von 600 Millionen Mark übersteigt. Die Sozialdemokratie wollte, daß diese sechs Monate den Zeitraum vom 1. April bis 30. September 1925 umfassen, da dadurch die Ermäßigung der Lohnsteuer baldigst hätte vorgenommen werden müssen. Das lehnte man ab und bestimmte die Zeit vom 1. Oktober 1925 bis zum 31. März 1926 als die Grundlage, das bedeutete, daß frühestens am 1. April nächsten Jahres eine Senkung der Lohnsteuer zu erfolgen habe.

Die steigende Erregung der Lohn- und Gehaltsempfänger über die unsoziale Verteilung der Steuerlasten hat die Regierung gezwungen, ihre damaligen Absichten zu ändern. In den nächsten Tagen wird dem Reichsrat ein Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Erhöhung der steuerfreien Einkommensgrenze auf 100 M monatlich (24 M wöchentlich) ab 1. Januar 1926 vorsieht. Auch das Reichsfinanzministerium hat sich vor kurzem diese Forderung als „agitatörisch“ bekämpft, scheint nun einzusehen, daß ein Zustand unhaltbar ist, der die schwächsten Kreise auf das härteste belastet.

Die Sozialdemokratie kann diese Wandlung als die Frucht ihrer Arbeit ansehen. Ohne die unermüdliche sozialdemokratische Kritik an der deutschen Steuergesetzgebung würden auch heute noch nicht die bescheidenen Versuche zur Milderung des Steuerunrechts eingeleitet, zu denen sich jetzt die Regierung und die Regierungsparteien gezwungen sehen.

Die Betrugsmanöver der KPD

Bei den in letzter Zeit flackernden öffentlichen Wahlen haben die Kommunisten den taktischen Kniff versucht, der Sozialdemokratie für die Kommunisten eine Listenverbindung anzubieten. Die gesamte Partei hat schon beim ersten Versuch der Kommunisten erkannt, daß es sich bei der KPD um ein frivoles Betrugsmanöver handelt. Die KPD hat deshalb auch berechtigt überall eine Abschrub erhalten, so zuletzt auch vom Bezirksverband Brandenburg für die Provinziallandtagswahl. Daß die KPD nur auf ein Betrugsmanöver ausgeht, das hat in voller Klarheit und Deutlichkeit der Kommunistische Zirkel in einer kommunistischen Funktionärsitzung in Gleiwitz dargelegt. Herr Ziska erklärte dort:

„Der erste und härteste Gegner der KPD, in jedem Wahlkampf ist die Sozialdemokratische Partei. Aber die KPD muß die SPD in Verzerrung bringen. Jeder sozialdemokratische Arbeiter muß vor der Wahl im Sinne der KPD beeinflusst werden. Die SPD muß in eine Zweifelmühle kommen. Dazu ist nötig, daß die KPD ihr eine Listenverbindung vorschlägt. Der Vorschlag für die Listenverbindung wird nur eine Formjagd, ein taktischer Zug, ein Betrugsmanöver sein. Die Listenverbindung abzulehnen wird. Der Vorschlag ist ja auch nicht ernst gemeint, er ist lediglich ein geschickter Kniff der KPD, der dann aber auch ordentlich ausgenutzt werden muß. Wenn von der SPD die Listenverbindung abzulehnen Antwort eintrifft und veröffentlicht wird, muß die KPD in hundert öffentlichen und Betriebsversammlungen sagen: Nun seht den wahren Charakter der Sozialdemokratie. Wir Kommunisten wollten jede Zerplitterung der Arbeiterstimmen vermeiden und mit der SPD eine Listenverbindung vereinbaren. Aber was machen die sozialdemokratischen Führer? Sie veraten von neuem das Proletariat, indem sie es grundsätzlich ablehnen, mit uns, den wirklichen Arbeitervertretern (1), zusammenzugehen. Wenn diese gute Gelegenheit, diesen guten Wahltrieb propagandistisch auszunutzen, richtig verstanden wird, dann wird die KPD einen riesigen Stimmengewinn haben. Denn wenn man auch die verbissenen und verböhrten Sozialdemokraten nicht für die KPD gewinnen könnte, so ist doch klar, daß unter dem schwachen Stimmengewinn noch viele Tausende von Stimmen für die KPD zu gewinnen seien.“

Was wir so oft betont haben, wiederholen wir heute: die Politik der Kommunisten ist so verlogen, hinterhältig und unethisch, daß es mit ihnen ein Verhandeln und Partieren nicht geben kann.

Die Abfindung der Hohenzollern

Sollen sie noch mehr bekommen?

Die Verhandlungen zur Herstellung eines Reichs zwischen dem preussischen Staat und den Hohenzollern sind so gut wie abgeschlossen. Die Vergleichsvorlage wird in Kürze dem Preussischen Landtag vorgelegt werden.

Bei der Stellung des Zentrums, das die Abfindungsfrage als eine Rechtsfrage betrachtet, bei der voraussichtlichen Haltung der Demokraten, die ihren Minister in der Vergleichsfrage kaum im Stich lassen dürften, muß damit gerechnet werden, daß der Vergleich vom Landtag angenommen wird. Daß er die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht finden wird, ist selbstverständlich. Leider ist von einer Regelung der Auseinandersetzung durch Reichsgesetz kaum eine für den preussischen Staat günstigere Lösung zu erwarten. So wird es schieflich bedauerlicherweise so kommen, daß zu etwa 30 Millionen in bar noch 20 Millionen in Form von Schillingen und Rentenobligationen den Hohenzollern auf Kosten des armen Volkes abgezahlt werden.

Zustiz-Glossen

Der Rechtsanwalt Karl Hau, der vor mehr als 18 Jahren wegen Mordes verurteilt, auf freien Fuß gesetzt worden war, ist wegen seiner Verweigerung, die schwere Anklage gegen die badische Justizverwaltung anzunehmen, mit einem Haftbefehl bedacht worden. Der Fall Hau, der eine ganz eigenartige Entlassungsmethode unter dem Vorbehalt des „Wohlerhaltens“ gestattet hat, ist durch die scharfe Form, mit der badische Strafrechtsbehörden hier vorgegangen sind, zu einem „Fall der Strafschanden“ geworden. Das hätte kurz vor seiner Entlassung eines Peders untergeschrieben müssen, demzufolge er sich verpflichtete, gegen eine „gewisse Personlichkeit“, Frau Olga Molitor, keine Angriffe zu richten und die von ihm geplanten Veröffentlichungen nicht zum Gegenstand „journalistischer Darstellungen“ zu machen. Jeder Leser der Bücher des Rechtsanwalts Hau weiß, daß weder das eine noch das andere geschehen ist. Wir fragen uns jedoch, was geht die Justizbehörde Frau Olga Molitor und ihr persönlicher Ruf an? Wir fragen uns, wie kann eine Justizbehörde einen zur Entlassung kommenden Sträfling im voraus verpflichten, die Tatkraft seiner Richter und Gefangenen schonungslos zu beurteilen? Auch für den entlassenen Sträfling gilt das Strafgesetz und nichts anderes als das Strafgesetz! Glücklicherweise ist Karl Hau weder Proletarier noch Sozialdemokrat, und deshalb wird vielleicht dieser neue Skandal der deutschen Justiz dem deutschen Volkstümmer mehr zu denken geben.

Wegen des Verbrechens des Kontubernats ist ein Direktor S. in Köln durch Polizeiverhaftung am Betreten seiner Wohnung, die er mit einer gewissen Hedwig S. teilte, von Polizeiwachen verhindert worden. S. fordert die Polizeiverhaftung im Verwaltungsstreitverfahren an. Das Oberverwaltungsgericht wies den Einspruch jedoch ab mit folgender Begründung: Das Zusammenleben sei geeignet gewesen, Verzeits zu erzeugen, und deshalb habe die Polizei mit vollem Recht die betreffende Verfügung erlassen. Nach der Rechtsprechung unserer Verwaltungsgerichte hat folgender Absatz seines Reichswissenschaftlers Geltung: „Das Vergemeinschaften ist nicht so sehr in der Führung eines gemeinsamen Haushaltes, sondern darin, daß die Nachbarn von dem Nichtbestehen einer Ehe wissen und darüber reden. Solange das Paar für verheiratet gehalten wird, kann kein Vergemeinschaften bestehen.“ Also auf deutsch: Wenn schmutzige Nachbarn ihre Nase in Sachen setzen, hinter denen sie Unrat wittern, dann ist die Polizei verpflichtet, ihnen dabei Hilfestellung zu leisten. Das ist die Moral des Polizeistaates des Ancien régime!

Die „parlamentarischen Untersuchungskommissionen“ sind seit ihrem Bestehen den deutschen Reaktionen ein Dorn im Auge gewesen. Vor allem der Barnat-Kusschiff, der die finsternen Machenschaften des deutschen Reichsjustizbüros Knoll-Kluge entlarzte, und die fürchterliche und feilsche Vernichtung des ehemaligen Reichsjustizministers Höffe durch eine gewissenlose Strafvolkrechtsbehörde an den Brandgerichten, ist ihnen auf die Nerven gegangen. Darum hat die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei einen Antrag auf Abänderung des Artikels 25 (Untersuchungskommissionen) des preussischen Verfassungsgesetzes eingebracht. Herr Müller-Meininger, der einstige altpreußische Justizminister, leitete den Protest des Deutschen Richterbundes gegen die parlamentarischen Untersuchungskommissionen folgendermaßen zusammen: „Die parlamentarischen Untersuchungskommissionen sind durch die Unterdrückung der Wahrheit nicht nur als reine Sachfrage des Geheimen, sondern auch als unparteiische, teilweise richtige, aber ebenfals unrichtige Unterdrückung der Wahrheit hervorgegangen.“ Dazu schreibt „ein Richter“ im „Justiz-Zeitung“, „Beheim was das gerichtliche Untersuchungsverfahren gegen Barnat und Genossen, weil Knoll-Kluge Einzelheiten aus den Barnat-Akten veröffentlichten konnten, unparteiisch war es, weil dies in der Rechtspreßung geschah, rechtlich richtig, weil Höffe, trotz

schwerster Krankheit nicht entlassen wurde und langsam in der Untersuchungsabteilung dabinstarb; rasch zugreifend? Es kommt darauf an, ob es sich um einen Reserveoffizier oder um einen Proletarier handelt.“

„Vaterländische“ Arbeitsvermittlung

Was ein Stahlhelm-Mitglied in Mecklenburg erlebte
Seitdem der „Landbund“ seinen Bedarf an „Landarbeitern“ in Mecklenburg infolge der Aufhebung der Familienabgabe nicht mehr decken kann, ist nummehr der „Stahlhelm“ dazu übergegangen, durch Verpflanzung aller Art vor allem jugendliche Arbeiter heranzuziehen. Er hat allerorts Arbeitsvermittlungstellen gegründet, durch die unsere Großgärtner mit billigen und arbeitswilligen Arbeitskräften versorgt werden sollen. Die durch ihn vermittelten Arbeiter müssen natürlich bis auf die Knochen „vaterländisch“ gefinnt und Mitglieder des Stahlhelms sein. Diese Art Arbeitsvermittlung dient natürlich in erster Linie der rechtsrücksichtslosen Ausbeutung der „nationalen“ Arbeitskräfte. Die Zulassung eines Jung-Stahlhelm-Mannes an unser Leipziger Parteibüro gibt darüber einwandfreie Auskunft. Dieser durch eine völlige Arbeitsvermittlung eingefangene junge Mensch war mit seinen Kameraden für eine „Expedition“ nach Mecklenburg gewonnen worden. Man hatte ihnen neue Uniformen, Schuhe, Urlaub und freie Fahrt hin und zurück und einen Stundenlohn von 40 Pfg. bei neunständiger Arbeit versprochen. Wie die nackte Wirklichkeit aussah, zeigt hier Bericht:

Raum in Mecklenburg angekommen, merkten wir nur allzu bald, wie man uns belogen hatte. Wir sahen uns schicklich verraten und verkauft als Arbeitskräfte an die Großgärtner. Statt eines Stundenlohnes von 40 Pfg. erhielten wir 21 Pfg., abzüglich 65 Pfg. pro Tag, so daß ein Stundenlohn von 17 1/2 Pfg. übrig blieb. Von Uniform, Schuhen und Fahrtvermittlung war keine Rede mehr. Aus der neunständigen Arbeitszeit wurde eine 13stündige Arbeitszeit. So mußten wir, ob wir wollten oder nicht, unser Schicksal ertragen. Führer konnten wir uns nicht, denn wir unterlagen einem Streikverbot. Während wir 13 Stunden täglich schufteten, hatte die Führung nicht veräußert, ihr Schicksal zu sparen. Die Großgärtner verpflichteten sich, für die Verteilung des Lohnes von 7 Pfg. an die Führerschaft zu zahlen. Das auf 10 bis 15 Gütern etwa 100 Mann untergebracht waren und der Grundbesitz von 20 bis 3000 bis 5000 Morgen betrug, kann man sich ausrechnen, was für die Führer herauskommt. Während die Herren deutschnationalen und völkischen Führer in Gott und Mein schmeigeln, sind viele meiner Kollegen heute arbeits- und drohen.

Man sieht, die „Arbeitsvermittlung“ des Stahlhelms hat nicht allein den Zweck, Reservekontingente für das völkische Mecklenburg zu schaffen, sondern auch den, eine geübte Arbeiterbewegung zu züchten, mit deren Hilfe man die Löhne der Landarbeiterschaft zu drücken vermag. Das Geld, das die Agrarier in Stahlhelm, Werwolf und Jungdo stecken, soll sich also doppelverwerten auf dem Umweg über den „Stahlhelm“ zum Streikbrecherverband.

Beteiligung Sowjetrußlands an einer vom Völkerbund einberufenen Konferenz

Genf, 1. Nov. Die sowjetrussische Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß sie an dem am 20. November 1925 vom Völkerbundrat nach Paris einberufenen Konferenz zum Abschluß einer Konvention betreffend die Wasserregulierung der Schiffe der Rheinabfahrt teilnehmen werde. Bis jetzt haben sich 15 Länder an demselben, darunter Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Polen, Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei. In der Mitteilung der Sowjetregierung wird ausdrücklich betont, daß die Beteiligung Sowjetrußlands an dieser Konferenz in keiner Weise die prinzipielle Stellungnahme der Regierung zum Völkerbund ändere und daß die Sowjetregierung Vorbehalte mache betreffend die Ausfüllungsmodalitäten der Konvention (Niederlegung der Ratifikationsurkunden usw.). Die Sowjetregierung wird sich vertreten lassen durch Weine, der sie bereits auf technischen Konferenzen vertrat. Ihm wird als Sachverständiger Parzenow beigegeben sein und gegebenenfalls wird ein Mitglied der russischen Delegation in Paris den Vorsitz der Delegation führen. Es wäre dabei festzuhalten, daß zum ersten Male Sowjetrußland an einer vom Völkerbund einberufenen internationalen Konferenz teilnimmt.

Ein neuer Tendenzprozeß

Wertwürdiger Eifer der Justiz gegen einen Dinkspolitzer
Braunschweig, 1. Nov. (Eig. Bericht.) Am Mittwoch begann in Braunschweig eine Gerichtsverhandlung gegen den sozialistischen Parteimitglied Dr. Stöckel. Dr. Stöckel war am 28. Dezember 1924 von der reaktionären Stahlhelmsregierung Braunschweigs seines Postens entbunden und um diese Maßnahmen zu rechtfertigen und ihn als Beamten unumgänglich zu machen, wurde versucht, ihm mit allen Mitteln den Prozeß zu machen. Die Anklage laut Dr. Stöckel zur Last, einige Schulbücher, die bei ihm zu Befunde eingegangen waren, seinen Schülern zur Verfügung gestellt zu haben. Ferner soll er einigemale mit dem Landesbesitzer Braunschweigs telefoniert haben, ohne die Gebühren dafür zu bezahlen. Dr. Stöckel konnte nachweisen, daß er wegen der Abhaltung von Schülervorstellungen mit dem Theater verbunden habe. Ebenso verbielt es sich bei einem Gespräch mit dem Zahnarzt, das ihm die Anklage ausbreiten verstand. Hier hat Dr. Stöckel mit dem Zahnarzt wegen Einreichung einer Schulabkündigung geklopft. Aus den stundenlangen Verhandlungen Dr. Stöckel durch die zwei Richter, die im Gericht stehen, besonders Sozialistenreferat zu sein, ging hervor, daß Stöckel seit langem befristet wurde. Die Verhandlung erlaubte weiter, daß denen Stöckel seit über 8 Monaten von der Staatsanwaltschaft unterjocht wurde, und daß sie sich über 4 Monate mit der Unterjochung dieser Vorwürfe beschäftigte. Der Prozeß stand dann gegen den Vorberichter nur 11 Tage zur Verfügung. Der Braunschweiger Rechtsanwalt Philipps hatte sich, um überhaupt eine ordnungsmäßige Verteidigung zu ermöglichen, die Gerichtsakten abgeschrieben, und seinem Kollegen für die Verteidigung zufließen lassen. Außerdem sollte er Klagen aus den Akten dem Angeklagten zur Verfügung stellen. Als der Prozeß damit begann, beschloß er die Akten zu sichten und drohte mit der Einreichung eines Disziplinargeschreibens gegen Philipps. Daraufhin legten die Verteidiger die Verteidigung nieder. Das Gericht bestellte nach stundenlangen Beratungen einen Offizialverteidiger und setzte die Verhandlung der Verhandlung am Freitag an.

Der abgeblickte Kupperecht.



Verwirklicht endlich sich der Königstraum? Rupertus sitzt gar lang im Wartesaal. Die Krone strahlt mit weißem Schimmer. Doch keiner kommt aus dem Regierungszimmer. Und voller Ärger murmelt selbst Herr Held: „Dem guten Manne muß den Star ich strechen! Man sage ihm, ich hätt' ihn nicht bestellt, Für Königsmacher: bin ich nicht zu sprechen!“

Die rechtsradikalen Aktivisten gegen Geld

Schon vor einigen Monaten wußte die böhmische Presse von einem politischen Redaktionswechsel im „Miesbacher Anzeiger“ zu melden; Herr Stempel, der tabakale Wittelsbacher Monarchist, Preußenhasser und Sabotsagefreund, sollte vertrieben werden. Diese damals von Stempel selbst demontierte Maßnahme erhält jetzt ihre Bestätigung. Der Verlag des „Miesbacher Anzeiger“ hat das Vertrauensverhältnis mit Stempel gelöst, der schon in den nächsten Tagen den seit drei Jahren innegehabten Posten aufgeben wird. Die politische Führung des Blattes übernimmt ein publizistisch unbekanntes Herr Glaser.

Bemerkenswert ist, daß die Freitagnummer des „Miesbacher Anzeiger“ mit einer bisher noch nie dagewesenen Schärfe Stellung gegen den Ministerpräsidenten Dr. Held nimmt. In einer besonderen Erklärung wird dem Ministerpräsidenten in wesentlichen Punkten nachgewiesen, daß er gegenüber den Monarchisten eine hinterhältige Doppelrolle gespielt habe. Der interessanteste Punkt ist der vierte. Er lautet: „Es ist höchst, daß der amtliche bayerische Presse-Apparat zwar der Öffentlichkeit mitteilt, daß Graf Soden bei Herrn Held war, daß er aber verschweigt, daß Herr Held ebenso bei Herrn Soden im Bismarckensaal (Palais von Kupperecht) war.“

Weiter behauptet das Blatt, der bayerische Ministerpräsident habe während seines Aufenthalts in Berlin am 10. November Reichshilfe erbeten für den Fall, daß in Bayern die Monarchie ausgerufen wird. Jedenfalls ist jetzt zwischen Geld und den rechtsradikalen Aktivisten ein ausgesprochen feindseliges Verhältnis festzustellen. Heute richtet sich die ganze Wut der bayerischen Monarchisten gegen Geld.

Ruppertus Rex

(Zu singen nach der Melodie: „Heil Dir im Siegertranz“)

Heil dem Ruppertus, Heil! Aussehen war sein Teil Wie's kritisch war. Soll sein und Angst und Schreck Fuhr er nach Holland weg Vor sieben Jahr. Da die Gefahr gekam, Ruppertus sich ermannet Und mußte weh. Mühte gerne König sein, Sagt drum ein Königlein sein Im Barenland. Alles ist schon bereit, Es wird auch höchste Zeit, Sonst ist's zu spät. Doch es scheint vorbei. Die Zeit noch zuzeit sei, Sagt Staatsmann Held. Ruppertus traurig ist, Zutritt ihr Amt verzieht Und darf nicht zu. Gerechtigkeit muß sein, Drum greift Zutritt nicht ein. Ruppertus Heil!

Hilz Fedenbach.

Aus dem Freistaat Baden

Fahrplanänderung in Triberg am 21. November

Im Benehmen mit der Reichsbahndirektion Karlsruhe findet am Samstag, 21. Nov., nachmittags 1 Uhr, in Triberg eine Fahrplanänderungskonferenz statt, die ursprünglich für Mitte Oktober angesetzt war. Im Hinblick auf die Haager Konferenz über Verkehrsfragen im Hinblick auf die Verkehrs- und Fahrplanänderungen im Zusammenhang mit der internationalen Verbindung Dörlach-Baden-Schwarzwald-Bodensee-Schweiz bedarf es der Einverständigung der beteiligten Eisenbahnen. Die Konferenz wird die Verkehrs- und Fahrplanänderungen im Zusammenhang mit der internationalen Verbindung Dörlach-Baden-Schwarzwald-Bodensee-Schweiz bedarf es der Einverständigung der beteiligten Eisenbahnen. Die Konferenz wird die Verkehrs- und Fahrplanänderungen im Zusammenhang mit der internationalen Verbindung Dörlach-Baden-Schwarzwald-Bodensee-Schweiz bedarf es der Einverständigung der beteiligten Eisenbahnen.

Man, die bisher nur vom Juli bis Oktober liefen, während sie weit verkehrssämere südwestliche Strecken bereits ganzjährig haben, bildet ein Hauptteil. Vorgesehen sind drei Referate für die Konferenz, einmal über die allgemeinen Fragen aus der Stellung der Schwarzwaldbahn, weiter über die Fragen engerer Natur im südwestdeutschen Verkehr und schließlich über die Elektrifizierung, die man im Schwarzwald als unbedingt gleich notwendig wie die der Hauptbahn Mannheim-Basel ansieht und die man gleichzeitig gelöst haben möchte. Zu der Konferenz sind Einladungen vom Niederrhein bis zur Ostschweiz und Nordwestschweiz erangenen und nach dem bisherigen Stand dürfte eine ähnlich starke Beteiligung aus Deutschland und der Schweiz wie im letzten Jahre zu erwarten sein.

Von den Wirtschaftstämpfen

Neue Stilllegungen

Somburg, 14. Nov. (Eig. Bericht.) Auf Schacht 1 und 2 der Zeche „Rhein-Preußen“ wird am 1. Januar auch der Kohlebetrieb stillgelegt. Inländische Braunkohle und Westfalen verfallen dann wieder der Erwerbslosenfürsorge. — Wenig Abfahrtsverleihen wurden auf den der „Guten Hoffnungen“ gehörigen Zechen „Dorland“, „Jalobi“ und „Londern“ freigegeben einmachtet.

Umstellung bei Krupp

Essen, 14. Nov. (Eig. Bericht.) Die Firma Krupp trägt sich mit der Absicht, den Dieselmotorenbau nach Kiel zu verlegen. Dieser Verlegung sollen sich die mit dem Bau von Dieselmotoren beschäftigten Ingenieure aus technischen Gründen und auch ein Teil der kaufmännischen Leitung aus handelspraktischen Motiven widersetzen. Natürlich mühte die Verlegung des Baus von Dieselmotoren auch bald die Verlegung der Betriebsabteilungen für andere Motoren nach sich ziehen, wodurch die Produktion der Effener Schiffsfabrik eine nicht unbedeutende Schwächung erfahren würde, die sich natürlich in weiteren Arbeiterentlassungen auswirken mühte.

Der Gesamtplan der Verlegung der Firma Krupp beruht auf der Gültigkeit vom November 1923, wo er zum ersten Male einsetzte, bis Oktober ds. Js. 17 000 Arbeiter (39 Pros.) und 4200 Anstellte (52 Pros.). Neuerdings geht die Firma dazu über, im Hinblick auf das kommende Arbeitslosenverhältnis halbjährige Pensionierungen vorzunehmen. So ist u. a. ein 64 Jahre alter Meister, der 39 Jahre lang der Firma gedient hat, mit einer ganz kleinen halbjährigen Pension in den Ruhestand versetzt worden.

Aus der Partei

Vom österreichischen Parteitag

Wien, 14. Nov. (Eig. Bericht.) Auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei Österreichs erörterte am Samstag Genosse Danneberg einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Partei. Hierbei unterrichtete er insbesondere die Berichtigung württembergischer Politik und Geschäft, wie sie bei den bürgerlichen Parteien immer mehr von sich gerissen habe. Am die Sozialdemokratische Partei von einer solchen Berichtigung fernzuhalten, stellte der Parteivorstand verschiedene Anträge. Der wichtigste besagt, daß Parteimitglieder in Zukunft nicht mehr dem Verwaltungsrat einer Aktiengesellschaft oder ähnlicher Unternehmungen angehören können, allerdings mit der Ausnahme, daß sie nicht als Person, sondern als Vertreter von Gewerkschaften oder öffentlichen Körperschaften in einen Verwaltungsrat entsandt wurden. Jedoch müssen die Einkünfte, die Parteimitgliedern aus solchen Stellen ausfließen, den betreffenden Unternehmungen zurückgeführt werden.

Am Samstag nachmittag hielt Genosse Danneberg ein weiteres Referat über die nächsten politischen und sozialpolitischen Aufgaben der Partei, vor allem über die geforderte Durchführung der Altersversicherung und der Witwen- und Waisenversicherung in Österreich. In einer Entschließung erhob der Parteitag seine wachsende Stimme gegen das Bestehen der bürgerlichen Parteien, in einer Zeit der schwersten wirtschaftlichen Not den Arbeiterpartei zu folgen. Ferner verlangte der Parteitag, daß die Arbeitslosenversicherung in bisherigen Ausmaß beibehalten wird.

Die Gesellschaft. Im Mittelpunkt des soeben erschienenen Novemberheftes unserer wissenschaftlichen Zeitschrift „Die Gesellschaft“ steht eine längere Abhandlung von Dr. Georg Deder, „Die Zentrumskrise“, in der, anknüpfend an die Schrift des Redakteurs der „Germania“, Dr. H. Teipel, „Wir müssen aus dem Turm heraus“, die jüngsten Krisenerscheinungen im Zentrum eingehend untersucht werden. Der Verfasser beschränkt sich aber nicht auf die Darstellung dieser Krise, sondern prüft, gestützt auf statistische Untersuchungen, die Rolle, die das Zentrum im deutschen Parteileben und die soziale Struktur der Zentrumswählererschaft, die letzten Endes den Untergrund der sich verhärtenden Zentrumskrise bildet. Wenn auch, wie der Verfasser feststellt, die ihrem Wesen nach rechtstehende Politik des Zentrums freis mit den linken Stimmen eines großen Teiles seiner Wählererschaft durchzuführen worden ist, so vertritt doch der zunehmende Klassencharakter die Unzufriedenheit des linken Flügels des Zentrums, der sich zum größten Teil aus proletarischen Kreisen rekrutiert. — Nicht minder aktuell wie die vorstehende Aufsatz ist eine Abhandlung Adolf Brauns über die „Europäische Zollunion“. Von weiteren Abhandlungen der reichhaltigen Nummer sind noch zu nennen: ein instruktiver Aufsatz von Prof. Dr. S. M. A. r. d. über „Marx' Adlers Sozialphilosophie“, ferner eine längere Abhandlung von B. Nollenski, „Aus der Geschichte der ersten Internationale“, in der eine Anzahl bisher unveröffentlichter Briefe von Friedrich Engels an Theodor S. Cuno aus den Jahren 1871/72 wiedergegeben wird; ferner der Artikel von C. D. Burns: „Die englische Arbeiterbewegung“, von M. Schüd: „Die Lage der Arbeiterklasse in Brasilien“ und Bolkana Schwarz: „Von Radowit, ein Diplomat Bismarcks“. — Die „Gesellschaft“ kostet vierteljährlich 4,50 M und ist durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten sowie unter Kreuzband direkt vom Verlag J. S. W. Dies Nachj., Berlin SW 68, zu beziehen.

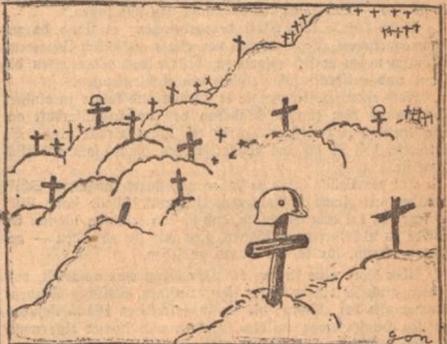
Kleine badische Chronik

Unternehmungen. Der hiesige Fischermeister G. L. a. e. r. machte einen schauerlichen Fang. Er zog an seinen Netzen das Skelett eines Mannes samt Stiefel aus dem See heraus. Es handelt sich wahrscheinlich um die Leberreste des vor einigen Jahren freiwillig in den Tod gegangenen Walf. — A. W. r. a. s. h. Zur Ehefrau die Gutsh. Neben die Affäre im Hause Gutsh gehen uns nachträglich noch folgende Mitteilungen an: Frau Gutsh, die vor kurzen ihren Mann durch Schüsse tötete, befindet sich immer noch im Untersuchungsgefängnis Freiburg, doch soll sie auf Antrag des Gefängnisarztes in den nächsten Tagen zur Beobachtung ihres Geisteszustandes in die Freiburger Irrenklinik verbracht werden. Neben die Reihenfolge der drei Schüsse, die aus einem

Was der Oberst v. Jochim in München zu sagen weiß



— mit dem Glend in den Schützengraben mußte man sich eben abfinden — schließlich ist der Krieg kein Vergnügen —



— die deutschen Soldaten waren nicht so genüßsam wie andere.

gewöhnlichen Masenrevolver abgegeben wurden, besteht noch keine völlige Klarheit. Sicher scheint nur zu sein, daß der erste Schuß den beim Mittagsessen sitzenden Mann in den Rücken traf, worauf er aufsprang, sich gegen die aus dem Nebenszimmer gefommene Frau wendete und acriel: Was ist denn das?! Der von der einen Kugel Getroffene war dann offenbar bemüht, der Frau die Schußwaffe zu entreißen, bei dem nun folgenden Handgemenge erhielt der Mann den zweiten und dritten Schuß, von denen der eine tödlich in die Brust, der andere in den Kopf gina. Frau Gutsh hatte sich an dem betreffenden Tage gemeiniam mit ihrem Mann gemeiniam das Mittagsessen einzunehmen, da am Vormittag ein überaus heftiger Streit zwischen dem Ehepaar vorangegangen war. Die Ursachen des furchtbaren Ehebramas sind zweifellos vornehmend m a t e r i e l l e r Natur, wenn auch v e r i d n l i c h e A b h a n g i g k e i t, die sich mit dem Jahren steigerte, wahrscheinlich dabei mitbestimmend war. Herr Gutsh, der bis vor unangeführten drei Jahren ein Selbsterwerbnehmer mit Buch- und Schreibwarenhandel betrieb, soll sich nach Aufgabe dieser Geschäfte in Spekulationen eingelassen haben, von denen die Frau befürchtete, sie würden schließlich zum völligen Verlust des noch vorhandenen Vermögens führen. Es kam deswegen nicht bloß in den Stunden vor der Ehefrau, sondern auch häufig suvor zu häuslichen Auftritten. Und so mag in der impulsiv veranlagten Frau der Gedanke gereift sein, die ihrer Anhängung nach verderbenbringende Tätigkeit ihres Mannes so oder so lahmzulegen, um mit ihrem einzigen Sohn nicht der Berarmung anheimzufallen.

Aufhebung des Passiers für Besucher der Wiener Messe. Das Bundesministerium für Verkehr hat der Wiener Messeleitung mitgeteilt, daß es über deren Einschreiten den Bismarckweg für ausländische Besucher der Wiener Messen aufhebe. Die näheren Bestimmungen werden noch folgen. Mit dieser Verfügung des Bundesministeriums ist eine bedeutende Erleichterung für die ausländischen Messebesucher geschaffen, da diese in Zukunft bei Vorweisung des Messeausweises und eines Reisepasses die österreichische Grenze ohne weitere Formalitäten passieren können. Es steht mit Sicherheit zu erwarten, daß diese Reform in Verbindung mit den zahlreichen Fahrpreisbegünstigungen, die den ausländischen Besuchern der Wiener Messe auf Eisenbahnen und Schiffen in- und außerhalb Österreichs eingeräumt werden, eine weitere Zunahme des Auslandsbesuches der Wiener Messen zur Folge haben wird.

Die 24-Stundenzeit im Eisenbahnfahrplan. Im Laufe der letzten Jahre sind fast alle ausländischen Bahnen zur Anwendung der 24-Stundenzeit im Eisenbahnverkehr übergegangen. Auch in Deutschland sind derartige Bestrebungen im Gange; insbesondere haben sich die Verkehrsvereine und Verbände, sowie die Handelskammern dafür ausgesprochen. Wohl den ersten Fahrplan in Deutschland unter Anwendung der 24-Stundenzeit hat soeben der Verkehrsverein Mannheim herausgegeben, dessen kleines Reisehandbuch „Mannheim im Fernverkehr, Winter 1925/26“ sich auch durch sonstige praktische Angaben und übersichtliche Anordnung erfreulich auszeichnet.

Warnung vor der Auswanderung weiblicher Personen nach Argentinien. Vor der Auswanderung alleinlebender weiblicher Personen nach Argentinien warnt die Reichsstelle für das Auswandererwesen. Diese Personen kommen fast nie in Verhältnisse, die den heimischen etwaermaßen entsprechen. Die verschlechterte Lebenshaltung und das Klima bringt den jüngeren sittliche Gefährdung, den älteren gesundheitliche Störungen. Die Forderungen an die Leistung sind meist sehr hoch und nicht selten überspannt. Die der Sprache nicht mächtigen Dienstmädchen müssen oft als Alleinmädchen einen großen Haushalt in Gana halten. Eine Fortsetzung des gewohnten freien Verkehrs bringt sie wegen der gänzlich veränderten Ansichten der Einheimischen hierüber mit schlechten Elementen in Verührung. Allen, auch Bürgerschaften, Gesellschaften, Erzieherinnen, Hauswirtschafterinnen, wird geraten, nur zu reisen, wenn sie eine feste Stellung bei Personen der ersten haben, über die sie von maßgebenden Stellen Auskunft erhalten haben.

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Groberer

Von Martin Andersen Nexø

163

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Sie standen am Kai und nahmen Abschied. Per Kosob versprach, bei Pelle vorzusprechen, wenn er wieder in den Hafen käme. Während sie noch redeten, rasselte die Tür zu der Achterkajüte. Heulpetter zog Pelle hinter einen Kohlenhaufen. Ein kräftiger, bärtiger Mann kam heraus und führte eine junge Frau an der Hand. Sie ging schwerfällig und schien zu widerstreben. Er setzte sie förmlich an Land, lehnte dann in die Kajüte zurück und schloß hinter sich zu. Die junge Frau blieb ein wenig stehen. Es kam eine leise Klage über ihre Lippen. Sie streckte den Arm lebend nach der Kajüte aus. Dann schwankte sie betäubt dahin, am Kai entlang.

„Das war der Alte“, flüsterte Per Kosob. „So behandelt er sie alle — und sie wollen doch nicht von ihm lassen.“

Pelle konnte kein Wort hervorbringen; er stand da zusammengekauert, niedergedrückt von etwas entsetzlich Schwerem. Blöcklich nahm er sich zusammen, drückte dem Kameraden die Hand und entfernte sich zwischen den Kohlenhaufen.

Nach einer Weile wandte er sich um und folgte in einiger Entfernung dem jungen Mädchen, das nachwandelhaft am Kai entlang schwankte und über die lange Brücke ging. Er fürchtete, daß sie sich ins Wasser stürzen könnte, so wunderbar ging sie.

Auf der Brücke blieb sie stehen und starrte nach dem Schiff hinüber mit einem versteinerten Ausdruck. Pelle stand still; es trat ihm bei dem Gedanken, daß sie ihn erbliden könne. Er würde es nicht ertragen können, jetzt mit ihr zu reden — geschweige denn, ihr in die Augen zu sehen.

Aber dann ging sie weiter. Ihr Gang war aufgelöst, von hinten sah sie einem dieser schiffbrüchigen, ältlichen Frauenzimmer aus der „Arche“, die in ausgetretenen Männerstiefeln an den Häuserreihen entlang schliefen und immer eine wunderliche Vergangenheit hatten. „Großer Gott“, dachte Pelle — „ist ihr Traum schon aus? Großer Gott!“

In einiger Entfernung folgte er ihr durch die kleine Gasse. Erst als er wußte, daß sie oben in ihrer Wohnung sein mußte, ging er durch den Tonnengang.

VII.

Auf dem Grunde von Pelles Seele lag eine undeutliche Vorstellung, daß er zu etwas Besonderem ausersehen sei; es war dieser alte Traum von Glück, der nicht ganz befriedigt werden konnte durch die guten Verhältnisse für alle, die zu schaffen er beabsichtigt sein wollte. Sein Schicksal war für ihn nicht mehr eine schwere niederdrückende Vorausbestimmung zum Elend — die nur durch ein Wunder aufgehoben werden konnte; er war selbst Herr seiner Zukunft — daran baute er ja rastlos mit!

Aber über das hinaus war da noch etwas anderes, etwas, was ihm und dem Leben allein gehörte und was kein anderer auf der Welt übernehmen konnte. Was es war, darüber legte er sich auch jetzt keine Rechenschaft ab; es war etwas, das ihn nur über alle anderen erhob, geheimnisvoll, so daß nur er selbst es fühlte. Es war dieselbe dunkle Empfindung, ein Bewußtsein zu sein, die ihn immer vorwärtsgetrieben hatte; und wenn sie sich zu einer bestimmteren Form gestaltete, antwortete er sich selbst mit dem vertrauensvollen Rufen seiner Kindheit: Ja, er wollte die Sache schon denken. Als wäre das, was ihm widerfahren sollte, beständig so groß und wunderbar, daß es nicht ausgesprochen, ja nicht einmal gedacht werden konnte. Er sah seinen geraden Weg vor sich und wanderte starr und mutig darauf vorwärts. Es gab keine anderen Feinde, als die ein kluger Mann erbliden konnte; die bösen, lauernden Mächte, die in seiner Kindheit erdrückend über seinem Kopf gehangen hatten, waren die Schatten von dem Elend des armen Mannes! Etwas anderes Böses gab es nicht, und das war auch unheimlich genug. Er wußte jetzt, daß die Schatten lang waren. Worten hatte recht. Weil er selbst im Licht gelaufen war und gespielt hatte, als er ein Kind war, konnte sein Sinn dennoch gut durch das Elend all derer verfinstert werden, die tot waren oder an fernem Orien kämpften; das war es ja, worauf das Solidaritätsgesicht beruhen sollte. Das Uebernatürliche existierte ganz einfach nicht, und das war gut für die, die mit ihren physischen Kräften kämpfen sollten. Kein unsichtbarer Gott sah da und hatte seine eigenen Pläne für sie oder kreuzte andere. Was man wollte, das konnte man auch durchführen, wenn man nur genug Kräfte dafür einsetzte; Kräfte — das allein war es, worauf alles ankam! Und Kräfte waren ja da. Sie mußten nur vereint werden, um zusammenzuwirken.

Es wunderte die Leute immer, daß er, der so eifrig und solide war, in der „Arche“ wohnte und nicht im Norden bei den anderen, im Herzen der Bewegung. Es wunderte ihn selbst auch, wenn er zufällig einmal darüber nachdachte; aber auf dem Grunde des Ganzen, hatte er Frieden in seiner Rolle gefunden. Er war zu treu, um ihnen jetzt, wo es ihm gut ging, den Rücken zu wenden. Er wußte, sie würden es als Verrat empfinden; die Verächtlichkeit, die die Bewohner den drei verwaisten Kindern entgegenbrachten, war auch auf ihn übergegangen; er war ja das Fünftkind, das vierte Glied der „Familie“, und jetzt waren sie obendrein stolz auf ihn!

Es war nicht die Sache der Bewohner der „Arche“, Pläne für das Dasein zu schmieden, sie überließen dem morgenden Tag die Sorgen für das Seine; die Zukunft existierte gar nicht. Sie waren sorglose Vögel, die einmal Savarie gelitten und es wieder vergessen hatten. Viele von ihnen nahmen die Nahrung da, wo sie sie fanden; so verkommen sie auch sein konnten, ließ der geringste Sonnenstrahl sie aufwischen und alles vergessen. Von der Bewegung und all dem Neuen dachten sie leichtsinnig wie schwache Stare, die die Leute im Vorbeifliegen aufgeschauert haben.

Aber da stieg Pelle so sicher dahin und stemmte die Schultern dagegen und kam wieder zu ihnen heim! Er war nicht bange; er konnte dem Dasein gerade in die Augen sehen und fest in die Zukunft hineingreifen, vor der sie schauernd die

Augen schlossen. Sein Name erhielt dadurch einen eigenen Klang — Pelle war ein Prinz, nur schade, daß er die Prinzeßin scheinbar nicht haben wollte!

Groß und gut gewachsen war er, und er ersah ihnen noch größer. Sie kamen zu ihm mit ihrem Elend und läden es auf seine starken Schultern, dann konnte er es für sie tragen! Und Pelle nahm es in Empfang mit einem stärkeren Gefühl, daß es vielleicht nicht ganz zwecklos war, daß er sich hier aufhielt — dem Grund des Ganzen so nahe!

In dieser Zeit traten die Witwe Franzens und ihr Ferdinand in den Vordergrund; irgendetwas mußte das Unheil ja haufen!

Ferdinand war ein kräftiger, achtzehnjähriger Bursche mit einem stark gebauten Kopf, der so ausah, als sei er ursprünglich dazu eingerichtet, die Wissenschaft der ganzen Welt zu umfassen. Er brauchte ihn, um Kopfnüsse damit auszuteilen, eine andere Verwendung hatte er nicht dafür.

Er war durchaus nicht dumm; man mußte ihn eigentlich einen begabten Jungen nennen. Aber die Begabung war allmählich von sonderbarer Verschaffenheit geworden. Als kleines Kind hatte er sich mit einem verkommenen Vater herumprügeln müssen, um die Mutter zu schützen, die keinen anderen Schutz hatte. Dieser ungleiche Kampf mußte er gekämpft werden und mußte notwendigerweise seine Schmerzempfindungen wie überhaupt seinen Sinn für Gefahr abtumpfen. Er wußte, was seiner harte, aber doch blind drauflos, sobald die Mutter angegriffen wurde — wie der Hund auf die großen Raubtiere losgeht, hing er sich heftend an die Pleißflüsse des arden Mannes und war nicht abzuschütteln. Er löste den Vater und wollte aus dem Grunde Schuttmann werden, wenn er groß war. Mit seinem abgestumpften Drauflosgehens eignete er sich auch gut dazu. Er wurde ein Pennerbrüder! Allmählich, als er heranwuchs, und Kräfte bekam, ward der Kampf nicht mehr so ungleich. Der Vater fürchtete ihn und kam oft nach; und einmal, als Ferdinand reichlich kräftig ausgegriffen hatte, meldete er ihn, und er wurde bestraft. Der Knabe fand, daß das eine blutige Ungerechtigkeit sei, die Spuren waren in eine Folge der Prügelei, und diese wieder eine Folge davon, daß die Mutter nicht in Frieden gelassen werden konnte.

Von nun an hatte er die Posten und machte seinem Hab bei jeder Gelegenheit Luft. Die Mutter war der einzige Mensch, an dem er noch hing. Es war ein Nihilist, als der Vater starb. Aber es kam zu spät, um eine Veränderung herbeizuführen. Ferdinand hatte schon längst angefangen, die Mutter auf eine eigene Weise zu verachten — halb um die bestehende Ordnung herum.

Er war auf der Straße aufgewachsen und gehörte schon von klein auf zu den heimlich Gezeichneten. Die Posten kannte ihn sehr wohl und wartete nur auf eine Gelegenheit, ihn aufzufordern, näher zu treten. Ferdinand konnte es den Augen der Schulmeiste ansehen, daß sie sicher auf seinen Besuch rechnen und ein Bett für ihn da drinnen im Hotel auf dem Neumarkt bereithielten.

Aber Ferdinand ließ sich nicht fangen. Hatte er etwas Zweifelhafes vor, so verstand er es auf alle Fälle, sich geschickt aus der Sache zu ziehen. Er war ein ungewöhnlich geschmeidiger und kräftiger Bursche, der sich auch nicht davon scheute, Hand anzulegen; er hatte allerlei zufällige Arbeit und richtete sie stets gut aus. Aber jedesmal, wenn er in etwas hineingeworfen wurde, was eine Zukunft hatte, in irgendeiner geordneten Arbeit, die gelernt und mit Geduld angeeignet werden mußte, dann wollte es nie mit ihm gehen.

(Fortsetzung folgt.)

Schlangengiß

Von Prinz Wilhelm von Schweden

Eines Abends befanden wir uns in dem kleinen Siegelhaus der alten Mission von St. Oulav. Sie war aufgehoben, denn die Schlafkrankheit hatte vor ein paar Jahren so unter der Bevölkerung gewüthet, daß es keine Seelen mehr zu retten gab. Der liebe Gott mußte sich ihrer schon vor dem Welterlösen annähmen.

Wir traten ein und ich wurden in den ersten Stunden der Nacht durch Geschrei und Lärm geweckt. Ein Hausen Träger kam herbei und trug einen Kranken mit sich. Dieser schien vom bösen Geist besessen zu sein, denn er wand sich und jammerte wie ein Verirrter. Recht ungeschicklich wurde er im Lichtkreis einer flackernden Lampe auf den Boden geworfen, und da lag er, hin und her rollend, wie ein schwarzes Bündel.

„Was ist passiert?“

„Der Mann wurde von einer Schlange gebissen. Sehr dumm! Ist in der Hütte. Kann etwas helfen?“

„Was für eine Schlange?“

„Nicht wissen können.“

„Wo?“

„In den Finger. Hier. Rechte Hand. Neueste Fingerhose.“

Der Finger war geschwollen. Um den Oberarm lag eine Eisenklinge, die mit zwei Holzstücken stramm gezogen war, um die Verbreitung des Giftes zu verhindern. Aber den Blick bei der flackernden Beleuchtung ließ zu sehen, was fast unmöglich, Verstand! Die Wundrinne war schon in zwei. Wir mußten nehmen, was wir fanden. Mit einem Rasiermesser schnitten wir die Fingerkuppe bis auf den Knochen auf, damit der Gift sich ordentlich ausblutete. Unter dem photographischen Material fanden wir ein wenig Kaliumpermanganat. Das streuten wir in die Wunde, schütteten dann noch frischen Bananenstamm und ließen den Unglücklichen den Saft trinken, der nach der Behandlung der Eingekerkerten ein untrügliches Mittel gegen Schlangengiß sein soll. Nachdem wir nun so nach bestem Vermögen unsere medizinischen Kenntnisse und Mittel ausgenutzt hatten, blieb uns nur übrig, abzuwarten.

„In einer halben Stunde ist er tot“, sagte einer und aucte auf die Uhr.

„Ja, aber in einer Stunde, vielleicht auch in zwei. Manchmal dauert es so lange.“

„Nun fängt es bald an anzuschwellen, der arme Kerl. Aber hoffentlich dauert es nicht lange.“

„Kein, je eher es mit ihm zu Ende ist, um so besser für ihn.“

Unterdes lag der Mann da und wand sich wie ein Wurm. Stöhnend drückte er seinen Arm und stieß in Zwischenräumen laute Klagen aus. Es ist schauerhaft, so un-

tätig dasitzen und anzusehen, wie ein Mensch stirbt. Zu leiden zu sehen und doch nicht helfen zu können. Nicht einmal ein freundliches Wort sagen zu können, sondern nur warten und hoffen müssen, daß alles bald vorüber ist. Schweißend, niedergedrückt, ernst sehen wir da. Die Zeit schritt unerträglich fort. Eine halbe Stunde, eine Stunde, noch war nichts zu merken. Wir saßen einander an, in spannungsvoller Erwartung.

Mit dem Manne wurde es nicht schlechter; im Gegenteil, er hörte auf zu schreien. Da stieg in uns der Gedanke auf, daß es überhaupt keine Schlange war, die ihn gebissen hatte.

Nach einer weiteren halben Stunde warteten wir den zum Tod Verurteilten hinaus und erlachten wir ihn, sich zum Leibel zu legen. Denn jetzt waren wir sicher, daß es um mindestens kein gefährlicher Gift war. Und wir hoben das Schauer am Torentort auf, um endlich selber zur Ruhe zu kommen.

Am anderen Morgen fand der Mann in Reich und Güt zwischen den anderen Trägern mit seiner Last auf dem Kopf. Gesund und frisch, wie wenn nichts passiert wäre. Wir rufen den Finger an. Es war ein Storpion, der ihn gebissen hatte.

(Aus dem Journal bei Brockhaus in Leipzig erscheinenden Buche des Prinzen Wilhelm von Schweden „Unter Zwergen und Gorillas“.)

Kunst und Wissenschaft

Galerie Moos

Im kleinen Hofraum haben Kitz und Sticks ausgestellt. Die Arbeiten beider lassen erkennen, daß sie zu den Tugenden eines neuen Stils gehören, von dem Kunst u. Künstler sich etwas vorzupredigen dürfen. Es ist schon etwas Strenge, Vertrauens, in dieser Ausdrucksweise, deren Ursprünglichkeit und deren Mächtigkeit zu gleichen Teilen gewollt und gemischt sind. Dem oft schwer fassbaren von visionären Eingebungen diktierten Gehalt dieser Arbeiten entspricht das kolorit. Erste Töne stehen nebeneinander einander über. Die allergebräuchtesten Töne der Malerei sind bei diesen Darstellungen fast völlig außer Dienst gestellt. Eine Reihe von Nuancen-Studien hat Kitzler ausgestellt. Es läßt sich aus der Kollektion keine noch nicht feststellen, wo und wie die Entwürfsansätze des Schöpfers, dieser Experimente endigt. Die Weiblichen Arbeiten verdrängen wieder ein äußerst bediegenes Können, das nur mit erlaubten Mitteln sich auszubringen versteht. Es sind keine simplen Naturabbildungen, die Werke in den Rahmen des Stills. Einmal, als Ferdinand reichlich kräftig ausgegriffen hatte, meldete er ihn, und er wurde bestraft. Der Knabe fand, daß das eine blutige Ungerechtigkeit sei, die Spuren waren in eine Folge der Prügelei, und diese wieder eine Folge davon, daß die Mutter nicht in Frieden gelassen werden konnte.

Konzert-Rückblicke

Bruno Reichshofer. Es war kein allseitiges Programm, das Herr Reichshofer für seinen „Kantatenabend“ aufgestellt hatte. Von Brahms die Fandolbaritäten, von Beethoven die Variationen über das Köpfchen-Thema und von Reger ein Epitaph, die Variationen über ein Telemann-Thema. Nur Variationen an einem Abend zu spielen, könnte verhängnisvoll werden für Hörer und Spieler. Sie erwidern gewöhnlich keine Teile. Das trat aber bei der Interpretation Reichshofers nicht ein, denn er ist ein äußerst temperamentsvoller Geistlicher. Technisch spielt er präzis, man kann sagen vollendet, er zeigt geschickt die Pedalwirkung mit in seine künstlerischen Absichten ein.

Bernhard Jandl. „Ich bin der wohlbekannte Sänger. — Der vielgerühmte Kantatenfänger — Den diese altberühmte Stadt — Gewiß besonders nötig hat.“ — Nicht alles das ist getroffen, was Herr Jandl mit dem Goethe-Wortlichen Kantatenfänger gelungen hat. Kantatenfänger haben wir Herrn Jandl, denn die Fehlfälle war erbärmlich leer. Auch hierin das alte Lied, das als Unterzettel immer wieder die Betrachter anderer Volksfesten mitführen läßt. Jandls Gesangsweise konnte auch diesmal wieder in bereicherter Stimmung vernehmen. Sein Material hat von der Gelegenheit ein gebüht. Es bleibt für immer wohl ein Geheimnis, wie er vorzueht, aber ohne sie zu versagen, den Hebräern in die Register vorzimmern. Die baronale Lage hat immer noch den Klang, blühenden Schmelze, dagegen wird die Höhe der „Farben“ entfallen, die nicht in Einklang zu bringen. Herr Musikdirektor Hofmann begleitete mit seinem Orchester.

Winter-Vorträge des Kaufmännischen Vereins. Auch in diesem Winter verläuft die Leitung des Kaufmännischen Vereins Karlsruhe die Gelegenheit nicht, für die Wissensverbreitung ihrer Mitglieder mit einer Reihe ganz hervorragender Vorträge sehr anerkennenswertes zu leisten. Leider ist der Besuch, wie wir beim letzten Vortrag bemerken konnten, so depressiv, daß man sich wunderte, daß der Kaufmännische Verein unentgeltlich diese belehrenden Veranstaltungen abhält. Der Vortrag „Der deutsche Kaufmann und seine Geschichte“ hätte besonders Interesse beanspruchen dürfen. Die Darlegungen zeigten, wie der jahrhundertelange Kampf um das Erbe um die dann auch endlich ermüdete handelsrechtliche schaftliche Einigung die Voraussetzung für die später gekommene politische Einigung der deutschen Stämme war. Der Kaufmannsstand, mit ein Hauptfaktor zum Aufbau des deutschen Reiches, ist unbedingt notwendig. Er sollte sein Hauptstreben darauf richten, das Gesamtinteresse der Nation zu fördern.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Als Volksbühnen vorstellung geben am Montag, 16. November. Die zu einem „Kaufmännischen Komödientabend“ vereinigten Komödien „Er ist ein allem Schuld“ von Leo Tolstoi und „Die Beirat“, eine unglaubliche Begebenheit von Nikolaj Gogol, in Scene. In der Vorstellung sind noch Plätze im vierten Rang für das allgemeine Publikum an der Tages- und Abendkasse erhältlich. Die dritte Aufführung von Schillers neuinstudiertem Trauerspiel „Die Räuber“ findet am Dienstag, 19. November. Der dritte Akt findet am Samstag, 21. November, die Schafopfer-Komödie „Was ihr wollt“ oder „Der Dreifaltigkeitsabend“ an, die an diesem Tage neuinstudiert und in dritter Inszenierung zum erstenmal nach sieben Jahren wieder im Spielplan erscheint. — Im Konzerthaus wird am Dienstag, 17. und am Freitag, 20. Nov., das klassische Theater „Karlsruhe“ mit der „Pariser Reife“ ein zweimaliges Gastspiel abspielen.

Der Knopf zur Hofe

Die Aufklärung zweier Kapitalverbrechen

Man darf nicht zu viel auf einmal haben wollen und man soll nicht, wenn man Zehntausende erbeutet hat, nachher Süßholz leben gehen. Die Wahrheit dieses Satzes erfährt der Herr und Ausbeuter Willi Baderland, der vor fast zwei Jahren seinen genialen Cousin bei dem Hamburger Wertpapierdirektor Paul Stahl ausübte. Baderland erschießt damals in der Privatwohnung dieses Herrn und brachte einen Brief mit, den er abgeben sollte. Einziglich brachte er nur ein Kuvert, das ein Stück Papier enthielt, denn als der Diener in herein gelassen und Direktor Stahl den Brief erbrach, zog er gelassen einen Revolver aus der Tasche und schlug an die Wand eine Million. Einzigentkommener Weise erklärte er sich auch mit weniger zufrieden. Während der Ueberfallene seinen Gelbdrant öffnete, erschien der Dieb und unermutet im Zimmer, überprüfte die Situation und schickte sich auf den Eindringler, wurde aber von diesem kurzweilig niedergeworfen. Nun bekam es der Direktor Stahl mit der Angst, übergab Baderland sein ganzes Vermögen von 200 000 Mark.

In einem bereitstehenden Mistauto (!) fuhr der Eindringler heimlich davon. Nachdem er die Kette zu Geld gemacht hatte, besah er so viel, daß er davon eine Reihe von Jahren zu leben konnte, bequem leben und gut leben! Über nein, es sollte noch nicht genug, wollte gern Süßholz essen und statt sich für einen Bruchteil seines Vermögens ein paar zu kaufen, eine er sie stehlen. In Altraharz bei Braubach, schickte sich er wieder von dem Raub zu einer neuen Raubtour, schickte sich in den Walden und schickte sich über den Hofen. Bei der Raubtour ließ er ein Fahrrad zurück, an dem nichts besonderes zu entdecken war, und einen Hofenknopf. Dieser trug zwei Sterne sowie die Aufschrift „Solide Eleganz“. Baderland bemerkte das Fehlen dieses Knopfes an seiner Seite nicht oder hielt die Sache nicht für wichtig genug. Sie sollte aber für die Kriminalpolizei, um ihn ausfindig zu machen. Er durfte kaum unter 15 Jahren Zuchthaus davonkommen. Wenn jemand zwei Menschen auf dem Gemüß hat, schreit er dorthin, wenn er jemand so dumm, faul und geizig ist, und mit 20 000 unverbundenen Markstücken in der Tasche ein paar laumige Süßholz leben geht, behört er erst recht dorthin.

Zur Mäuseplage

Vielerorts wird über starkes Auftreten der Feldmäuse berichtet. Das heurige Jahr war der Entwidlung der Mäuseplage besonders günstig. Es ist notwendig, den Kampf gegen die Mäuseplage mit aller Energie aufzunehmen. In Heft 9 des Monatsheftes des deutschen Pflanzenschutzdienstes wird ein Mittel „Rausolin“ wie folgt empfohlen: „Rausolin“ (Hersteller A. G. für Milchkonzerne Wöfen, Kr. Bitterfeld) ist ein Mittel zur Vertilgung von Mäusen und Feldmäusen als auch wirksam erweisen. Bei Verwendung des Mittels ist auf die sich entwickelnden giftigen Gase entsprechend Rücksicht zu nehmen. Zweifelloß stellt das Mittel eine Verengung auf den Nahrungskanal dar. Es handelt sich um ein Verengungsmittel, das selbständig Gas entwickelt, ähnlich dem Carbide. Das bedeutet einen Vorzug gegenüber den Phosphorverbindungen, bei denen eigene Apparate notwendig sind. Es werden hier nicht, wie bei Phosphor, andere Tiere getötet. Zum Bezug ist ein vom Büroverwalter ausgehender Auftrag erforderlich. — In der Mäusebekämpfung ist das wichtigste in der Schädlingsbekämpfung überhaupt: Zusammenhalten aller Landwirte derselben Gegend kann allein zeitliche Vernichtung der Schädler bringen. Water-Boede, Landwirtschaftsinspektor.

Auswanderungsunternehmen E. Venar in Rio de Janeiro. Von der Reichsstelle für das Auswanderungswesen ist folgende Bescheinigung erteilt: E. Venar in Rio de Janeiro verdingt sich als Deutsche, nach denen jedem gemäß, „System“ Gelegenheit geboten wird, ein freier Mann auf freier Basis zu werden. Das System bietet angeblich für Nichts in Rio ein Landlos von 20-25 Hektar mit Haus in der Gegend Lage und in der Nähe der Bahn, sowie freie Uebernahme für drei Personen und Unterhaltung für ein halbes Jahr, was zu tun, als 5 Karten (Einschlussscheine) zu je 2 M zu zahlen. Diese verkauft er binnen 2 Wochen an 5 Bekannte, welche senden diese an Venar und legen noch 10 M bei, wofür auch diese wie alle nachfolgenden Käufer erhalten die gesuchten Karten in Umlauf gelangt, so erhält der erste Käufer nach etwa 5000 M in der oder das vorerwähnte Landlos. Jeder Monat an die Reihe kommen, jedoch binnen 4-5 Monaten die Kartenzahlung abgekauft sein soll. Selbst, wenn man annehmen wollte, daß Venar ebendiese Karten hat, so ist doch der Plan ganz unbrauchbar. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich aber um den Versuch, Summe zu fangen.

Markt und Handel. Die süddeutschen Getreideweise im Oktober. Die vom Reichsstellen Reichsamt ermittelten Monatsdurchschnittspreise für Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel, sowie in deutschen Landen weitaus die meisten für Süd- und Westdeutschland, sind im folgenden Tabelle dargestellt. Die Preise sind in Mark pro 100 Kilogramm angegeben. Für Roggen beträgt der Reichsdurchschnittspreis 10,79 gegen 10,87 für Ostdeutschland, für Weizen 9,28 gegen 9,38. Höhere Roggenpreise verzeichnet nur Ostdeutschland, das ebenso die höchsten Weizenpreise aufweist. Die höchsten Haferpreise hat Mitteldeutschland, die höchsten Gerstpreise Süd- und Südwestdeutschland.

Gemeindepolitik

Heidelberg. Der hiesige Bürgerversammlung wird demnächst nach längerer Pause wieder zusammentreten. Eine der Fragen, die ihn zu beschäftigen haben wird, ist die Nachbewilligung von rund 200 000 M für den Theaterbau. Mit den vorher bewilligten 200 000 M kommt nun also der Umbau im ganzen auf etwas über 400 000 M. Man nimmt an, daß der Bürgerversammlung ohne nennenswerten Widerspruch den Betrag bewilligt wird.

Verband der badischen Gemeinden

Der Verbandswortrat hielt am 7. November in Karlsruhe eine Sitzung ab, in der u. a. folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

Verteilung der Gemeinden an der Gesetzgebung. Nach § 20 der badischen Verfassung sind die Gemeinden vor der gesetzlichen Regelung der sie betreffenden allgemeinen Fragen zu hören. Die bisher in dieser Beziehung geübte Regierungspraxis hat sich als unzulänglich erwiesen, da die Gemeinden trotz des Anhörungsrechts nur Diktand der Gesetzgebung sind. Ein Zustand, der sich insbesondere auch bei der Verteilung der Reichssteuern auf Staat und Gemeinden verhängnisvoll auswirkt. Der Verband schlägt deshalb in Übereinstimmung mit den Städteverbänden eine stärkere und wirksamere Beteiligung der Gemeinden an der Gesetzgebung für dringend erforderlich. Ein entsprechender Antrag ist zu stellen. — Wohnungswirtschaft. Die Wohnungswirtschaft läßt sich in ihrer heutigen Form auf die Dauer nicht aufrecht erhalten. Den Gemeinden soll deshalb das Recht verliehen werden, die Aufhebung zu beschließen, wenn die örtlichen Verhältnisse dies geboten erscheinen lassen, damit ähnlich wie beim Aufbau der einschlägigen Erziehung sich der Abbau schrittweise vollzieht. Ein Antrag hierzu ist zu stellen. — Erlösung eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Dem Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird im allgemeinen zugestimmt, da er im Zuge der Entwicklung dieses Versicherungswesens liegt. Die Verteilung der anteiligen Verwaltungskosten auf die einzelnen Gemeinden darf aber nicht durchweg nach der Einwohnerzahl, sondern nur nach Maßgabe der Inanspruchnahme oder nach dem Verhältnis der Gewerbesteuerwerte oder nach einem sonstigen die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigenden Maßstab (Vorzugsbeitrag) erfolgen. Bei der Regierung ist entsprechender Antrag zu stellen. In diesem Zusammenhang legt der Vorstand Verwahrung dagegen ein, daß die badische Regierung die kleineren Gemeinden zwar verhältnismäßig stark zu den Kosten der Arbeitsnachweismittel heranzuziehen Anlaß gegeben hat, daß sie aber, obwohl sie weiß, daß die Gesamtbelastung aus den Verbandsgemeinden sehr beträchtlich sind, es abgelehnt hat, ihnen im Verwaltungsausschuss des Landesamtes für Arbeitsvermittlung eine ihrer Bedeutung und ihren Leistungen entsprechende Vertretung zuzugestehen. — Standesamtswesen. Die zur Zeit gültigen Bestimmungen des Personalstandesgesetzes über den Fortfall der Personalangaben der Eltern in den Standesregistern (Sterbe- und Heiratsregistern) haben sich nicht bewährt. Es soll deshalb beantragt werden, daß der frühere Rechtszustand wieder hergestellt wird. — Vereinigung abgeordneter Gemeinderäte mit benachteiligten Gemeinden. Nach § 105 der Gemeindeordnung sollen die abgeordneten Gemeinderäte bis 1. Januar 1926 mit benachteiligten Gemeinden vereinigt sein. Diese Vereinigung ist im allgemeinen auch durchzuführen. Nur die staatsrechtlichen abgeordneten Gemeinderäte seien zum größten Teil noch aus, weil dem badischen Staat die mit der Vereinigung eintretende Steuerpflicht an die Gemeinden unangenehm zu sein scheint. Da es so allernächst Aufgabe des Staates ist, bestehende Gesetze zu vollziehen, soll nochmals Vorlage an den badischen Landtag erlassen werden. — Bezirksfürsorgeverband und Fürsorgeamt. Die Organisation der Bezirksfürsorgeverbände und die hohe Belastung der Gemeinden mit Verwaltungskosten und Fürsorgeaufwendungen waren Gegenstand eingehender Beratungen. Der Angelegenheit soll fortgesetzt Aufmerksamkeit geschenkt werden, um an geeigneter Zeit Änderungen anzufragen zu stellen. — Gewerbesteuererhebung in den Gemeinden. Ein besonderes Anhörungsrecht der amtlichen Berufsvertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe vor der Festsetzung der gemeindlichen Gewerbesteuer kann der Regierung nicht anerkennen, da alle Berufsvertretungen in den Bürgerausschüssen vertreten sind und eine Benozung einzelner Berufsvertretungen nicht gerechtfertigt ist. — Landtrahnenunterhaltungsaufwand. Da der badische Staat die Kraftfahrzeugesteuer ganz für sich beansprucht, obwohl die Kreise und die Gemeinden den größten Teil des gesamten Straßenbau- und Unterhaltungsaufwandes zu tragen haben, ist Antrag auf Verminderung des an den badischen Staat zu leistenden Gemeindebeitrags zum Bau- und Unterhaltungsaufwand der Landtrahnen zu stellen. — Neuentlastung des Steuerertrags. Der Vorstand bedauert außerordentlich, daß es der badischen Staatsregierung nicht gelungen ist, der Ertrag der Reichssteuern den Gemeinden gegen eine entsprechende Vergütung zu übertragen, um der Bevölkerung die Steuerzahlung am Deutlichsten zu ermöglichen. Bei einer tatsächlichen Unterstützung der Regierung des Verbandes badischer Gemeinden durch die Landesregierung wäre die Erleichterung von Steuerpflichtigen in allen Gemeinden wohl zu erreichen gewesen; dies muß nachträglich noch zu erreichen versucht werden. In diesem Zusammenhang werden erneut ernsthafte Klagen über die häufige Nichtberücksichtigung der Landgemeindeninteressen geführt. — Mitwirkung der Gemeinden in Steuerfällen. Von den Gemeinden wird fortgesetzt die Verletzung von zeitraubenden und kostspieligen Arbeiten für die Steuerbehörden gefordert, ohne daß dafür eine entsprechende Vergütung gewährt wird. Im Hinblick darauf, daß bei der letzten Änderung des Finanzausgleichsgesetzes der Steueranteil der Länder, in dem auch die Steueranteile der Gemeinden enthalten sind, in Baden um 20 Millionen Mark jährlich zu Gunsten des Reiches vermindert worden ist, und da dieser Steueranfall durch die neueste Änderung des badischen Steuerverteilungsgesetzes restlos auf die Städte und Gemeinden abgewälzt wurde, sind diese nicht mehr in der Lage, die Gehälter umsonst zu belohnen. Ein Antrag auf entsprechende Vergütung ist deshalb erneut zu stellen.

Die kommunale Feuerbestattung

Der Deutsche Städtetag hat bei den ihm angeschlossenen Städten eine Kundfrage über ihre Feuerbestattungsanlagen veranstaltet, die auch auf die Schweiz ausgedehnt worden ist. In Deutschland besitzen 54 Städte Feuerbestattungsanlagen, und zwar keineswegs etwa nur Großstädte, sondern auch Mittelstädte bis herunter zu kleineren Städten, wie Meiningen, Sulzb., Jülich u. a. Durchweg stammen die Krematorien in allen Städten erst aus der Zeit nach 1900. Die Zahl der Einäscherungen betrug in der Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925:

Table with 3 columns: Land, Prozent, Erdbestattungen. Lists data for Thüringen, Anhalt, Sachsen, Württemberg, Preußen, Hamburg, Baden, Bayern.

Ueber die absoluten Selbstkosten liegen sich bei der Kundfrage des Deutschen Städtetages vergleichbare Angaben nicht gewinnen. Die Berechnungsunterlagen sind zu verschieden, um die Zahlen gegeneinander abwägen zu können. Die Selbstkosten sind im wesentlichen davon abhängig, in welchem Umfange die Bestattungsanlage voll ausgenutzt werden kann. Nur in einigen Städten sind die Krematorien bereits jetzt bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht. Durch eine stärkere Inanspruchnahme würden aber die Selbstkosten sich noch bedeutend vermindern lassen. So rechnet Ulm mit der Möglichkeit einer Verabteilung seiner Selbstkosten bei voller Ausnutzung der Anlagen um 320 Prozent, Heilbronn ebenso, Sonneberg um 50 Prozent, Guben um 45 Prozent, eine Verabteilung um ein Drittel erwarten Hannover, Pforzheim, Dessau, um ein Viertel Königsberg und Köln.

Auch über die Gebühren ist ein einwandfreies Bild nicht gewonnen. Die Tarife sind für die einzelnen Leistungen zu verschieden. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Gemeinkosten der Feuerbestattung sich nur in den wenigsten Städten teuer stellen dürften als die einer Erdbestattung. Vielfach sind aber die Aufwendungen geringer. Das finanzielle Ergebnis der Feuerbestattungsanlagen wird überall als gut bezeichnet, nur in ganz vereinzelten Fällen sind Zuschüsse der Stadtverwaltung notwendig. Eine Reihe von Städten verzeichnen sogar Ueberschüsse. Die interessante Zusammenfassung des Städtetages zeigt, daß die derzeitige Verbreitung der Feuerbestattung in Deutschland noch eine sehr verschiedenartige ist. Auffällig ist a. B. ihr starkes Ueberwiegen in den thüringischen Städten. In katholischen Gegenden tritt sie selbstverständlich viel mehr zurück. Im großen und ganzen zeigt aber die Entwicklung, daß in den Industriezentren die Form der Feuerbestattung allmählich weiter um sich greift mit der zunehmenden technischen Verbesserung und Verbilligung des Verfahrens — denn es handelt sich hierbei auch um eine sehr wesentliche Wirtschaftsprüfung — wird die Feuerbestattung zweifellos noch weitere Fortschritte machen. Immerhin ist es erstaunlich, daß es heute noch zahlreiche deutsche Großstädte ohne Krematorium gibt. Man sollte annehmen, daß ganz unabhängig von der Frage, wie eine Kommunalverwaltung persönlich auf dieser Bestattungsform steht, doch jede Stadtverwaltung sich verpflichtet fühlen müßte, auch auf diesem Gebiete mit der modernen Entwicklung Schritt zu halten.

Durlach. (Christlich des Allg. freien Angestelltenbundes.) Mittwoch, den 18. Nov., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur Traube ein Vortrag über die Neuentlastung in der Angestelltenversicherung statt. Referent Herr Max Lottermann aus Karlsruhe. Sämtliche der Versicherung angehörige Mitglieder werden hierzu freundlichst eingeladen. 1112

Bei Regenwetter werden die Schuhe besonders schmutzig. Die praktische Ausfrau verwendet deshalb zum Putzen Creme, die schon mit wenigen Bürststrichen einen spiegelnden Hochglanz erzeugt. Die von Millionen Hausfrauen benutzte Schuhcreme Erdal macht die Schuhe nicht nur glänzend, sondern gleichzeitig das Leder wasserfest, so daß die Füße warm und trocken bleiben. Die echte Schuhcreme Erdal ist zu erkennen am roten Frosch.

Advertisement for Dr. Thompson's Seifenpulver (Soap Powder) featuring a swan logo and text: 'Dr. Thompsons Seifenpulver liefert blendend weiße Wäsche mit dem frischen Duft der Rasenbleiche'.

Aus dem Lande

Aus dem Albia
Stellungen. Am kommenden Freitag abend 8 Uhr...

Baden-Baden

Uraufführung: „Die Bühne des Lebens“
Johann Wolfgang von Goethe, der Verfasser der „Bühne des Lebens“...

Die Aufführung unter Dr. Hans Waags Regie
Das Geschäftsführer des Verkehrsvereins, Herr Dr. Barz...

Offenburger Verkehrsfragen

Der Geschäftsführer des Verkehrsvereins, Herr Dr. Barz,
hat in einem öffentlichen Vortrag im Bürgerklub über die
Verkehrsfragen berichtet...

Vermischtes

Raffeneinbruch
Dortmund, 16. Nov. In der Nacht vom 13. zum 14. Nov.

Hakenkreuzler stören eine demokratische Versammlung
Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus

Unwetter im Riesengebirge
Reichenberg, 14. Nov. In den letzten Tagen hat ein

Ein neuer Gememord
Bohum, 14. Nov. (Eig. Bericht.) In Buer wurde der

Das Urteil im Ballekstedt-Prozess
München, 13. Nov. In der Klage gegen den Diplom-

Letzte Nachrichten

Entgegenkommen der Entente im besetzten Gebiet

Berlin, 16. Nov. Die „Berliner Montagspost“ sagt die

1. Der besetzten Reichsgebiete ist die Ernennung eines

2. Es wird eine vollkommene Revision der Dr.

3. Die Feindgesinnung der deutschen Gerichte wird

4. Die Einmischung der Alliierten in die deut-

5. Es werden weitreichende Amnestiemaßnahmen

6. Schließlich ist auch eine Revision der Urteile der

7. Endlich wird ein neues System für die Unter-

Anerkennung für Chamberlain

Berlin, 16. Nov. (Eigener Fundbüro.) Der König

Dr. Stresemann für das Wert von Locarno

Das Vertrauen zu Briand, Chamberlain und Bander-

W.B. Duisburg, 15. Nov. In einer von der Deutschen
Volkspartei veranstalteten Versammlung sprach Reichs-

Der Minister sprach zum Schluss über den bekanntgebe-

Deutschnationaler Reichsparteitag

Berlin, 15. Nov. Der ordentliche Reichsparteitag der

Deutsche Volkspartei und schulpolitische Fragen

Berlin, 14. Nov. Der Reichsausschuss der Deutschen

Die schwarz-weiß-roten Saboteure

Berlin, 15. Nov. Die Deutschnationale Volkspartei ver-

Faschistische Gelüste in Frankreich

Paris, 14. Nov. (Eig. Bericht.) Die französischen Natio-

Erweiterung der Diktatur Mussolinis

W.B. Rom, 14. Nov. Der Ministerpräsident nahm

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: „Ruffischer Komdienabend“

Wasserstand des Rheins
Schusterinsel 95, gef. 8; Rehl 202, gef. 10; Maxau 303,

